

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Erasmus-Aktive im Land Bremen effektiv unterstützen**

In vielen Regionen der Welt verbinden Menschen mit Europa ein Freiheits- und Zukunftsversprechen, einen Kontinent der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit garantierten Menschen- und Freiheitsrechten. Über lange Zeit war die europäische Integration mit ihrem grenzüberschreitenden Zusammenwirken eine für die meisten Europäerinnen und Europäer selbstverständliche und geschätzte Entwicklung. Inzwischen greifen Europaskepsis und nationaler Protektionismus immer stärker um sich. Rechtspopulistische, europafeindliche und nationalistische Strömungen stellen europäische Werte und unser gemeinsames Europa zunehmend infrage.

Andererseits ist Europa für viele ein selbstverständlicher Alltag und begeistert Menschen. Gerade die Jugend lebt und schätzt Europa mit all seiner Vielfalt, seinen Freiräumen und Möglichkeiten. Mehr als sieben Millionen Europäerinnen und Europäer haben dank „Erasmus+“ und seiner Vorgängerprogramme schon einmal in einem anderen europäischen Land gelebt und gelernt. Wer Europa auf diese Weise erfahren hat, kennt seinen Wert. Der europäische Bildungs-, Forschungs- und Innovationsraum ist keine ferne Zukunftsvision. Viele Menschen haben den freien Austausch in Europa als Auszubildende, als Studierende, als Lehrende und Forschende erlebt. Sie tragen die Idee der europäischen Einigkeit, des Mehrwerts für alle, in sich. Sie können sie weitertragen und daraus eine Neubegründung der europäischen Gemeinschaft und Idee bewirken.

Am 30. Mai 2018 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für die Verordnung des zukünftigen Erasmus-Programms von 2021 bis 2027 veröffentlicht. Nach Wunsch der EU-Kommission sollen dem Programm 30 Milliarden Euro für die nächsten sieben Jahre zur Verfügung stehen. Die Programmarchitektur zeichnet sich durch viel Kontinuität aus, die Aufteilung nach Mobilität, Hochschulkooperationen und Politikunterstützung soll beibehalten werden. Doch auch viele wichtige Neuerungen sind im Kommissionsvorschlag enthalten. Die Förderung von Mobilität soll verstärkt in zukunftsweisenden Bereichen, wie Digitales, Klima, nachhaltige Entwicklung, gefördert werden. Die Jean Monnet-Linie, bisher nur auf Hochschulbildung beschränkt, wird auf weitere Bildungsbereiche ausgeweitet. Zukünftig soll ein stärkerer Fokus des Programms auf Inklusion liegen und darauf, mehr junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen zu erreichen. Schließlich sieht der Vorschlag vor, dass mehr Drittstaaten die Möglichkeit haben, am Programm teilzunehmen.

In Bremen und Bremerhaven haben wir ein breites Netzwerk von Erasmus-Aktiven, die unermüdlich Anträge schreiben, Projekte zeitaufwendig abrechnen, grenzüberschreitende Kooperationen pflegen und Menschen ermutigen, für eine gewisse Zeit ins europäische Ausland zu gehen. Sie berichten aber auch von mangelnden Zeitressourcen und fehlender Infrastruktur, um sich erfolgreicher an Erasmus zu beteiligen. Daher gilt es die Erasmus-Aktiven im Land Bremen in ihrem Engagement effektiv zu unterstützen und die notwendigen zeitlichen Ressourcen sowie Strukturen zur Verfügung zu stellen, um auch zukünftig eine erfolgreiche Teilnahme am Erasmus-Programm zu ermöglichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung einer Erasmus-Koordinierungsstelle für das Land Bremen, zuständig für alle Bereiche in denen sich Bremen an Erasmus-Projekten beteiligt, bei der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen;
2. in diesem Zusammenhang ein Koordinierungsgremium zur Vernetzung der Erasmus-Aktiven im Land Bremen einzurichten;
3. zu prüfen, inwieweit die Aufstockung der Entlastungsstunden für die Erasmus-Koordination im schulischen Bereich sinnvoll und möglich ist oder alternativ entsprechende Zulagen gezahlt werden können;
4. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit binnen drei Monaten zu berichten, wie die oben dargestellten Punkte umgesetzt werden.

Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD